

# Pressemitteilung

## Frankfurter Mieterinitiativen stellen wohnungspolitische Erklärung vor

### Kritik an Magistratsentwurf für Milieuschutzsatzung

27.04.2015 / Frankfurt. Die vier Frankfurter Mieterinitiativen ‚AG Westend‘, ‚Zukunft Bockenheim‘, ‚Nachbarschaftsinitiative Nordend-Bornheim-Ostend (NBO)‘ und ‚Aktionsgemeinschaft Böhmerstraße/Körnerwiese/Leerbachstraße‘ haben gemeinsam eine wohnungspolitische Erklärung verfasst, in der Grundsatz-Positionen und Forderungen für die Frankfurter Wohnungspolitik formuliert werden. Inzwischen haben zahlreiche Institutionen, politische Parteien und Einzelpersonen diese sogenannte „Frankfurter Erklärung“ unterzeichnet. Noch wichtiger als die darin gestellten Forderungen ist den vier Initiativen die Ermutigung, gerichtet an betroffene Mieter, sich anzuschließen.

Während einer Pressekonferenz am 27.04.2015 stellten die Initiativen die Erklärung erstmals der Öffentlichkeit vor. Mit dem Aufruf „Kein Mensch in dieser Stadt darf aus seiner Wohnung vertrieben werden!“, beginnt der Forderungskatalog. Weiterhin wird die schnelle Einführung einer wirkungsvollen Milieuschutzsatzung für die innenstadtnahen Stadtteile gefordert, bei der das Vorkaufsrecht der Stadt zielgerichtet angewandt werden soll.

Jürgen Ehlers von der NBO erklärte im Namen aller vier Initiativen: „Wir sind tief enttäuscht von der schwarz-grünen Stadtregierung, die zwar viel über Wohnungspolitik redet, aber gleichzeitig sehenden Auges hinnimmt, dass langjährige Mieter durch Luxussanierung aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Die Stadt muss den Umwandlern und ihren vielfach illegalen Methoden endlich etwas entgegensetzen.“ Ehlers betonte, dass der Kriterienkatalog des vorliegenden Milieuschutzsatzungs-Entwurfs von Bürgermeister Cunitz so großzügig formuliert sei, dass Luxussanierungen mit Mietervertreibung auch weiterhin in Frankfurt möglich sein würden.

Zudem liefen Milieuschutzsatzungen ins Leere, wenn nicht gleichzeitig auf Landesebene ein Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen sowie ein Wohnraumzweckentfremdungsverbot eingeführt würde. „Wir fordern vom Magistrat, dass er sich in Wiesbaden nun endlich lautstark und nachdrücklich für diese Verbote einsetzt“, so Ehlers.

Exemplarisch wurden vier betroffene Mietshäuser aus dem Ostend, Nordend und Bornheim vorgestellt, in denen die Entmietung durch Umwandler in vollem Gange ist. Als prominentes Beispiel ist seit langem der Fall der Wingertstraße 21 (Ostend) in der Presse.

Die vier Bürgerinitiativen machen sich seit Jahren für Mieterbelange stark und beraten von Vertreibung bedrohte Mieter. Mit der Verbreitung der Frankfurter Erklärung und der großen Zahl von Unterzeichnern wollen sie Mietern Mut machen, sich mit Hilfe der Initiativen ebenfalls zu wehren.

Am 7. Mai 2015, ab 15:30 Uhr, werden die Initiativen mit einer Mahnwache auf dem Römer auf ihre wohnungspolitischen Ziele aufmerksam machen und die „Frankfurter Erklärung“ im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung an Oberbürgermeister Feldmann, Bürgermeister Cunitz und Stadtverordnetenvorsteher Siegler übergeben.

#### Kontakt:

Nachbarschaftsinitiative Nordend-Bornheim-Ostend  
E-Mail: nachbarschaftsinitiativenbo@yahoo.de